

Tabelle 8

Zulassungen von fabrikneuen Personenkraftwagen¹⁾ nach dem Gewerbe oder Beruf der Halter 1950 bis 1960

Jahr	Neu- zulassungen insges.	Darunter in Betrieb genommen von						Ar- beiter
		In- dustrie	Hand- werk	Handel	Land- wirt- schaft ²⁾	Beamte im öff. Dienst ³⁾	Ange- stellte	
Anzahl								
1950	24 055	6 239	2 697	8 010	538	327	1 248	27
1951	27 375	6 486	3 321	8 679	655	569	1 804	108
1952	30 278	6 256	3 753	9 555	1 003	653	2 404	303
1953	37 301	6 765	5 234	11 685	1 181	1 021	3 610	664
1954	46 532	8 231	6 443	13 529	1 451	1 505	5 428	1 470
1955	62 998	9 429	8 314	16 517	2 128	2 798	9 425	4 663
1956	73 202	9 409	8 860	16 466	2 671	3 536	12 584	9 291
1957	79 099	8 983	9 646	17 077	2 711	4 363	13 934	11 403
1958	97 565	9 844	11 062	19 419	3 234	6 254	19 055	16 011
1959	118 579	11 387	12 494	21 935	3 951	7 635	25 035	21 582
1960 ⁴⁾	141 354	12 736	13 908	23 691	4 734	8 510	32 389	28 434
vH								
1950	100	25,9	11,2	33,3	2,2	1,4	5,2	0,1
1951	100	23,7	12,1	31,7	2,4	2,1	6,6	0,4
1952	100	20,7	12,4	31,6	3,3	2,2	7,9	1,0
1953	100	18,1	14,0	31,3	3,2	2,7	9,7	1,8
1954	100	17,7	13,8	29,1	3,1	3,2	11,7	3,2
1955	100	15,0	13,2	26,2	3,4	4,4	15,0	7,4
1956	100	12,9	12,1	22,5	3,6	4,8	17,2	12,7
1957	100	11,4	12,2	21,6	3,4	5,5	17,6	14,4
1958	100	10,1	11,3	19,9	3,3	6,4	19,5	16,4
1959	100	9,6	10,5	18,5	3,3	6,4	21,1	18,2
1960	100	9,0	9,8	16,8	3,3	6,0	22,9	20,1

¹⁾ Einschließlich Kombinations- und Krankenkraftwagen. — ²⁾ Einschließlich Forst-, Fischwirtschaft und Molkereibetriebe. — ³⁾ Einschließlich Angehörige der Polizei und der Streitkräfte. — ⁴⁾ Ohne Krankenkraftwagen.

Beruf, Gewerbe und Stand des Fahrzeughalters eingetragen sind. Am stärksten ist die Gruppe der Arbeiter und Angestellten unter den Kraftfahrzeugkäufern vertreten.

Am Personenkraftwagenmarkt sind die Gruppen der niedrigeren Einkommensklassen in besonders großem Umfang Abnehmer der Fahrzeuge. Fast die Hälfte aller in Baden-Württemberg im Jahr 1960 fabrikneu in Betrieb genommenen Personenkraftwagen einschließlich Kombinationskraftwagen werden von Arbeitnehmern, also von Beamten, Angestellten und Arbeitern gehalten. Beamte im öffentlichen Dienst und Angehörige der Polizei sowie der Streitkräfte haben im Jahr 1960 gegenüber 1959 um 12 vH mehr fabrikneue Personenkraftwagen angemeldet. Für Angestellte hat sich die Zahl der neu zugelassenen Personenkraftwagen um 29 vH, für Arbeiter sogar um 32 vH erhöht.

Der Absatz an Krafträdern war allgemein stark rückläufig. Insbesondere wurden von der Industrie, den Handwerks- und Handelsbetrieben, aber auch von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft weniger neue Krafträder gekauft. Hauptabnehmer blieben somit die Käufer aus den nichtselbständigen Berufskreisen. Ihr Anteil an den Neuzulassungen von Krafträdern hat sich bei rückläufigen Zulassungszahlen von 68 vH im Jahr 1950 auf 90 vH im Jahr 1960 erhöht.

Norbert Mach

Die strafrechtlichen Maßregeln der Sicherung und Besserung 1955 bis 1959

Vorbemerkung

Aus der Erwägung heraus, daß für einen wirksamen Schutz der Allgemeinheit vor dem Rechtsbrecher die Strafe allein nicht genügt, ist vor rund dreißig Jahren das bestehende System der Sicherungsmaßnahmen umfassend erweitert und umgestaltet worden, und zwar durch Aufnahme des Abschnitts: *Maßregeln der Sicherung und Besserung* in das Strafgesetzbuch auf Grund des Gesetzes vom 24. 11. 1933 (RGBl. I S. 955). Das geltende Strafrecht kennt folgende, in § 42a StGB genannte Maßregeln der Sicherung und Besserung (im folgenden kurz Maßregeln genannt):

1. Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt
2. Unterbringung in einer Trinkerheilstätte oder einer Entziehungsanstalt
3. Unterbringung in einem Arbeitshaus
4. Sicherungsverwahrung
5. Untersagung der Berufsausübung
6. Entziehung der Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen

Im Erwachsenen- (allgemeinen) und im Jugendstrafrecht besteht hinsichtlich der Maßregeln ein grundlegender Unterschied, so daß die Sanktionen, die das geltende Strafrecht zur Sicherung und Besserung ausspricht, innerhalb der beiden Bereiche nicht vergleichbar sind. Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) hat die erzieherischen Maßnahmen, zugeschnitten auf den jugendlichen Täter, in einer vom allgemeinen Strafrecht abweichenden Form eingebaut. Von den Maßregeln, wie sie im Katalog des § 42a StGB aufgezählt sind, kommen nach § 7 JGG nur die Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt und der Entzug der Fahrerlaubnis in Frage. Aus diesem Grund erscheint es geboten, die Untersuchung auf die Verhältnisse im Erwachsenenstrafrecht zu beschränken mit Ausnahme der genannten zwei Maßregeln, die beiden Systemen gemeinsam sind. Schließlich ist noch zu bemerken, daß

das aus der Strafverfolgungsstatistik gewonnene Bild über die Aburteilungen der Straffälligen und der gegen sie verhängten Maßregeln nur hinsichtlich der Aburteilungen wegen Verbrechen und Vergehen vollständig ist. Übertretungen werden in der Strafverfolgungsstatistik nur dann erfaßt, wenn Unterbringung in einem Arbeitshaus oder Entzug der Fahrerlaubnis angeordnet wird.

Gesamtüberblick

Für die Jahre 1955 bis 1959 ergibt sich für Baden-Württemberg bei den Maßregeln der Sicherung und Besserung eine ständige Zunahme, so daß die Zahl der mit Maßregeln bedachten Abgeurteilten von 3644 im Jahr 1955 auf 7183 im Jahr 1959 anstieg. Dabei handelt es sich sowohl um Aburteilungen nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht als auch um Übertretungsfälle. Dieses Ansteigen ist ausschließlich auf die Handhabung der Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Gerichte in Verbindung mit dem Anwachsen der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen. Bei den übrigen Maßregeln ergeben sich in den letzten 5 Jahren keine nennenswerten Veränderungen.

Die einzelnen Maßregeln

Im Jahr 1959 wurde 6822 Personen (darunter 40 Frauen) die *Fahrerlaubnis entzogen*. Davon betroffen wurden 4117 Abgeurteilte, die Handlungen begangen haben, die als Verbrechen oder Vergehen mit Strafe bedroht sind, sowie 2705 Personen, die wegen Übertretungen nach § 49 StVO und § 71 StVZO abgeurteilt wurden. Die letzte Zahl ist insofern bemerkenswert, als sie zeigt, daß die Gerichte in hohem Maße auch bei reinen Übertretungen von der Möglichkeit der Entziehung der Fahrerlaubnis Gebrauch machen. Von Interesse ist noch die Feststellung, daß 6584 Entziehungen der Fahrerlaubnis in Verfahren nach Erwachsenenstrafrecht, dagegen nur 238 in Anwendung von Jugendstrafrecht angeordnet

Maßregeln der Sicherung und Besserung in Baden-Württemberg 1955 bis 1959

Jahr	Geschlecht	Maßregeln insgesamt	Davon									Berufsverbot	Entziehung der Fahrerlaubnis
			Unterbringung in						Sicherungsverwahrung				
			einer Heil- oder Pflegeanstalt	davon		einer Trinkerheilanstalt	einem Arbeitshaus	davon					
				nach Erwachsenenstrafrecht	nach Jugendstrafrecht			wegen Verbrechen u. Vergehen		wegen Übertretungen			
1955	männlich	3 478	78	73	5	31	100	24	76	19	57	3 193	
	weiblich	166	5	5	—	1	133	41	92	3	4	20	
	insgesamt	3 644	83	78	5	32	233	65	168	22	61	3 213	
1956	männlich	4 595	68	64	4	22	75	20	55	22	64	4 344	
	weiblich	118	10	10	—	3	68	16	52	2	4	31	
	insgesamt	4 713	78	74	4	25	143	36	107	24	68	4 375	
1957	männlich	5 539	66	61	7	29	102	30	72	23	59	5 258	
	weiblich	127	6	6	—	2	74	18	56	1	3	41	
	insgesamt	5 666	74	67	7	31	176	48	128	24	62	5 299	
1958	männlich	6 174	31	24	7	49	92	31	61	35	73	5 894	
	weiblich	125	5	5	—	—	67	17	50	—	8	45	
	insgesamt	6 299	36	29	7	49	159	48	111	35	81	5 939	
1959	männlich	7 058	82	82	—	48	70	22	48	29	47	6 782	
	weiblich	125	2	2	—	4	72	20	52	6	1	40	
	insgesamt	7 183	84	84	—	52	142	42	100	35	48	6 822	

net wurden. Dieser niedrige Anteil der Jugendlichen ist auf die Bestimmung des Mindestalters in § 7 StVZO zurückzuführen, welche die Jugendlichen weithin aus dem in Frage kommenden Täterkreis herausnimmt.

Die Zahl der jährlichen Fahrerlaubnisentziehungen hat sich in dem fünfjährigen Berichtszeitraum mehr als verdoppelt, und zwar von 3213 im Jahr 1955 auf 6822 im Jahr 1959 (+ 112 vH). Wenn die anhaltend starke Zunahme in erster Linie auf den beachtlichen Zuwachs von Verkehrsteilnehmern zurückzuführen ist, so hängt sie wohl aber auch damit zusammen, daß die Rechtsprechung der Gerichte in Verkehrssachen wesentlich strenger geworden ist. Dafür spricht, daß die Zahl der Entziehungen auf Grund der reinen Übertretungen im Straßenverkehr von 1955 bis 1959 um rund 340 vH angestiegen ist.

Von den 84 Personen, gegen die 1959 die Unterbringung in eine Heil- oder Pflegeanstalt angeordnet wurde, waren 82 Männer und 2 Frauen. Wie bereits erwähnt, ist neben der

läßt, sind die angegebenen 84 Fälle als Gesamtzahl aller Unterbringungen anzusehen.

Weiter wurden 1959 52 Personen in einer *Trinkerheilanstalt untergebracht*, und zwar 48 Männer und 4 Frauen. Da diese Maßregel im Jugendstrafrecht nicht vorgesehen ist und auch bei Übertretungen nicht angeordnet werden kann, sind die genannten 52 Fälle ebenfalls als Gesamtzahl der Unterbringungen anzusprechen.

Die Maßregel der Unterbringung in einem *Arbeitshaus* wurde 1959 in 142 Fällen ausgesprochen. Dabei wurde bei reinen Übertretungen in 100 Fällen die Unterbringung angeordnet. Wegen in Tateinheit mit einem Verbrechen oder Vergehen begangenen Übertretungen nach § 361 StGB wurde neben der Strafe in 42 Fällen diese Maßregel verhängt. Die angeführten 142 Fälle stellen die Gesamtzahl der Unterbringungen im Arbeitshaus dar, da im Jugendstrafrecht diese Maßregel keine Anwendung findet. Auffallend hoch ist der Anteil der Frauen (72 von 142). Dies dürfte vor allem mit dem Verbot der Erwerbsunzucht durch auffällige und belästigende öffentliche Anwerbung zusammenhängen.

Im Jahr 1959 wurde gegen 35 Personen (29 Männer, 6 Frauen) *Sicherungsverwahrung* angeordnet. Auch bei dieser Gruppe handelt es sich um die Gesamtzahl der Gemaßregelten, da im Jugendstrafverfahren Sicherungsverwahrung nicht ausgesprochen werden kann. Die Sicherungsverwahrung – Freiheitsentzug mit Arbeitszwang – wird als wohl schwerstwiegende aller Maßregeln dann angeordnet, wenn die öffentliche Sicherheit die Unterbringung eines nach § 20 a StGB als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher Verurteilten erfordert.

Außerdem wurde 1959 48 Personen (darunter einer Frau) die *Ausübung des Berufs untersagt*. In den vorangegangenen Jahren mußte dieses Sicherungsmittel etwas häufiger angewandt werden. 1955 bis 1958 wurden jeweils etwa 60 bis 80 Berufsverbote ausgesprochen. Auch bei dieser Maßregel handelt es sich um die Gesamtzahl, da Berufsverbot bei den nach Jugendstrafrecht zu beurteilenden Personen nicht ausgesprochen wird und Übertretungen als Voraussetzung dafür nicht in Frage kommen. Diese Maßregel kommt dann zur Anwendung, wenn eine Straftat, die sich als Ausfluß einer bestimmten Gewerbetätigkeit darstellt, unter Mißbrauch des Berufs oder unter grober Verletzung der Berufspflichten begangen worden ist. In diesem Fall kann nach § 421 StGB, wenn eine Wahrscheinlichkeit der Begehung ähnlicher Straftaten besteht und ausreichende andere Mittel nicht zur Verfügung stehen, auf die Dauer von mindestens einem und höchstens fünf Jahren die Ausübung des Berufs untersagt werden.

Entziehung der Fahrerlaubnis die Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt die einzige Maßregel, die auch den nach Jugendstrafrecht abzuurteilenden Tätern zugesacht werden kann (§ 7 JGG). Im Jahr 1959 wurde indessen keine Unterbringung eines Jugendlichen vorgenommen. Da § 42 b Abs. 1 S. 2 StGB Unterbringung bei Übertretungen nicht zu-

Heinrich Rieth